

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome dem k. k. Landes-
schulinspector Anton Klobie in Triest als Ritter des
Ordens der eisernen Krone dritter Klasse in Gemäßheit
der Ordensstatuten den Ritterstand mit dem Prädicate
„Sabladofski“ allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 20. April 1880 wurde in der k. k. Hof- und Staats-
druckerei in Wien das XVI. Stück des Reichsgesetzblattes, vor-
läufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und ver-
sendet.

Dasselbe enthält unter
Nr. 39 das Gesetz vom 25. März 1880, betreffend die Steuer-
freiheit von Neu-, Um- und Zubauten;
Nr. 40 die Verordnung des Ministers für Cultus und Unter-
richt vom 30. März 1880, womit die Anerkennung der
evangelischen Bräuerkirche (Herrnhuter Brüderkirche) aus-
gesprochen wird.

(„Br. Btg.“ Nr. 90 vom 20. April 1880.)

Nichtamtlicher Theil.

4. Verzeichnis

der beim k. k. Landespräsidium eingelangten Spenden
für die Nothleidenden im Bezirke Adelsberg.

N. D., Graz	fl. kr.
Herr Dr. Johann Stebl, Advocat, Rudolfswert	50 —
Josef Kline, Realitätenbesitzer, Oberfeld	1 10
Frau Josefine Verhove, Realitätenbesitzerin, Sei- senberg	1 —
Herr Josef Kufmann, Gemeindevorsteher, Sei- senberg	1 —
Sammlungsergebnis des Pfarramtes und der Collegiatcapitel-Geistlichkeit in Rudolfswert	31 30
Von den Pfarrämtern:	
Maichau	1 —
Andob	4 —
St. Michael bei Seisenberg	3 30
St. Michael bei Rudolfswert	5 —
Hönigstein	13 50
Unterwarenberg	— 60
Selo bei Schönberg	4 20
Pinach	5 —
Von der Stadtvorsteherung Rudolfswert	7 —
Von Herrn Anton Jelovšek in Feistritz das Sammlungsergebnis bei einer Faschings- unterhaltung	26 40
Von den Herren Alois und Johann Lavrencic in Adelsberg der Ertrag eines zu diesem Zwecke veranstalteten Zither-Concertes	38 —

Genissekon.

Die öffentlichen Gesundheitsfragen der Stadt Laibach.

Von Dr. Friedrich Keesbacher.

IV. Der Luftkreis.

(Fortsetzung.)

Zudem hat unser Vorschlag zur Einführung der
Sentgrube und der pneumatischen Ausfuhr auch eine
national-ökonomische Bedeutung, denn der Inhalt der
Kanäle geht — wenn er überhaupt geht — in den
Fluß und räumt unverwerthet ab, während die Samm-
lung der ausgeführten Mehrgut und des Rehrichs
außerhalb der Stadt auf eigens hiezu bestimmtem
Platze die Fabrication von Compostdünger ermöglicht,
welcher zur Düngung und Bewirtschaftung des Bo-
dens von heilsamstem Einflusse sein würde. Man wende
uns nicht ein, daß der Bauer bei uns solchen Düng-
ger nicht kaufen würde, anfangs freilich nicht, schon
deshalb nicht, weil es eine Neuerung wäre, welcher
unsere conservativen bäuerlichen Landwirte, wie aller-
orts, meist feindlich gegenüberstehen, aber das Gute
bricht sich überall, wenn auch langsam, Bahn. Sieht
der Bauer einmal, daß der Dünger gut ist und ihm
billiger zu stehen kommt, als wenn er ihn mittelst
Nachtarbeit aus der Stadt holen muß, so wird er
ihn schließlich gerne kaufen.

Was die Wahl des Ausfuhrsystems anbelangt,
so entschlief sich die Commune zu irgend einem und

Vom Pfarramte Rabensberg

Durch die Administration des „Slovensti
Narod“:

Herr Felix Terk, Arzt, Marburg	2 50
In Radmannsdorf gesammelt	10 70
Herr Ferdinand Kaliger, Lehrer, Töpliz	2 —
N. N., Laibach	1 —
Von der Citalnica in Stein das Rein- ertragnis der dramatischen Vorstellung am 7. März d. J.	30 8
Herr B. Erzen, stud. jur., Laibach	— 40
„Valentin Drehel, Tischenschenil	1 —
Herr Rudolf Willig, Buchdruckereibesitzer, Lai- bach	2 —
Vom Pfarramte Bresniz	17 —
N. P., Laibach	5 —
Vom Pfarramte Gottschee	2 10
„Gutenfeld	3 90
„Niederdorf	7 —
Vom Gemeindeamte Malgern	6 —
Vom Pfarramte Götteniz	4 —
Vom Gemeindeamte Soderschiz	9 —

Parlamentarisches.

Der Club der Liberalen hat Montag abends
über die Prager Universitätsfrage beraten. Der vom
Fortschrittclub vorgeschlagenen Erklärung, welche von
der gesammten Verfassungspartei abgegeben werden
sollte, in welcher die Vermehrung des utraquistischen
Charakters an der Universität perhorresciert, dagegen
die Zweitheilung der Universität befürwortet wird, ist
der Club der Liberalen nicht beigetreten. Der Club
gieng von der Ansicht aus, daß die Minorität sich
jedes positiven Vorschlages zu enthalten habe und
überließ es den einzelnen Rednern, ihre Meinungen
im allgemeinen zu äußern, ohne jedoch denselben eine
bestimmte Formulierung zu verleihen. Die vom Budget-
ausschusse beantragte Resolution wurde einstimmig ab-
gelehnt. Bezüglich der Mittelschulen wird der Club
einem Antrage, welchen Abg. Gomperz bereits im
Budgetausschusse gestellt, zustimmen. Diesem Antrage
zufolge wird die Regierung aufgefordert, die auf die
eventuelle Vermehrung von czechischen Mittelschulen
hinzielenden Vorschläge der verfassungsmäßigen Be-
handlung zuzuführen, so daß es der Regierung nicht
freigestellt wird, Maßnahmen im administrativen Wege
zu treffen.

Der Fortschrittclub ist infolge des Be-
schlusses des Clubs der Liberalen davon abgekommen,
die Erklärung bezüglich der Prager Universität ab-

zugeben, und hat einen Redner aufgestellt, welcher die
im Club vorherrschenden Anschauungen im Hause ver-
treten wird. Bezüglich der Mittelschulen schloß sich
der Club dem Antrage Gomperz an.

Der Ausschuss für Vorschussklassen berieth
am Montag über den Antrag Benz auf Errichtung
von Postsparkassen und beschloß eine Resolution zu
beantragen, in welcher die Regierung aufgefordert
wird, die nothwendigen Erhebungen zu pflegen, und
wenn sie dann die Realisirung dieses Projectes für
wünschenswert erachtet, im Hause eine diesbezügliche
Vorlage einzubringen.

Der Wasserstraßen-Ausschuss hat in seiner
letzten Sitzung die Elbeschiffahrts-Akte einstimmig ge-
nehmigt und den Abg. Dr. Ruz zum Referenten ge-
wählt, welcher bevollmächtigt wird, den Bericht im
Einvernehmen mit dem Obmann Dr. Kieger ein-
zureichen.

Die Eisenbahncommission des Herren-
hauses zog vorgestern die Vorlage über den Bau der
Arbergbahn in Verhandlung. Im Laufe der mehr-
stündigen Debatte wurde hervorgehoben, daß die Ar-
bergbahn in erster Reihe zwar dem ungarischen Ex-
porte zugute kommen werde und daß deshalb eine
Beitragsleistung Ungarns nur der Billigkeit entsprochen
hätte, daß aber andererseits die Ausführung der Ar-
bergbahn auch im Interesse des Gesamtreiches gelegen
sei, und von diesem Gesichtspunkte aus seien die großen
Opfer, welche die Arbergbahn erfordere, gerechtfertigt.
Mit Rücksicht auf diese, besonders vom Handelsminister
Baron Korb in der detaillirtesten Weise erörterten
Gründe beschloß die Commission einstimmig die un-
veränderte Annahme des Gesetzentwurfes in der Fassung
des Abgeordnetenhauses. Der von demselben beschlosse-
nen Resolution, betreffend die Anknüpfung von Ver-
handlungen mit Ungarn wegen des Baues der Linie
Sissek-Dobrljin, des Eisenbahnanschlusses an Serbien
und wegen der Schiffbarkeit der Donau bei Gönyö
trat die Commission nicht bei. Zum Berichterstatter
für das Plenum wurde Baron Engerth gewählt.

Oesterreichischer Reichsrath.

76. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 20. April.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um
11 Uhr. Am Ministertische: Taaffe, Prajsek, Conrad.

Die Budgetdebatte wird fortgesetzt. Zur Be-
deckung des Capitels „Cultus“, und zwar „Einnah-
men der Religionsfonds“, spricht Abg. Ozarkiewicz,
um das Vorgehen der galizischen Landesbehörden gegen

lasse sich ja nicht durch die Erwägung abhalten, die
einmal im Gemeinderathe laut wurde, daß die Ge-
lehrten selbst noch nicht wissen, welches System das
beste sei. Daß die „Gelehrten“ einmal einig werden,
werden wir nie erleben in solchen Fragen, die eben so
schwer endgültig zu entscheiden sind, wir aber wollen
trotz der Uneinigkeit der Gelehrten in guter und reiner
Luft leben. Jedes System, welches die Verunreinigung
des Luftkreises verhindert, ist gut, welches das beste
ist, ist eine für uns belanglose Frage, wenn wir nur
den Hauptzweck erreichen.

Man sagt, die Einführung des pneumatischen Systems
kostete 20,000 fl. Wir bezweifeln zwar die Richtigkeit
dieser hochgegriffenen Summe, doch selbst zugegeben,
die Ziffer sei richtig, so ist es ja nicht nöthig, gleich
alle zehn Wagen auf einmal anzuschaffen, man fange
mit einem an, ein zweites Jahr, besonders wenn man
sieht, die Sache ist gut, schafft man einen zweiten an,
und so wird man das System allmählich einführen,
den Stadtsäckel nicht auf einmal so übermäßig belasten,
und jedenfalls ist es besser, das neue System allmählich
einzuführen, als jahrelang alles beim Alten zu be-
lassen, nur aus dem Grunde, um abzuwarten, ob nicht
ein Gelehrter mittlerweile etwas Besseres vorschlägt.

So, wie wir auseinandersetzten, dachten alle Com-
munen, die den Muth der Thatkraft besaßen und frisch
und fröhlich das pneumatische System allmählich ein-
führten, es nun schon jahrelang genießen und, wie die
Berichte lauten, damit recht zufrieden sind, während
wir noch immer unschlüssig an der Feder lauen, die
den Entschluß niederschreiben soll.

Eine weitere Quelle der Verunreinigung des Luft-
kreises sind innerhalb der Stadt gelegene Gewerbs-
anlagen, Seifensiedereien, Lohgerbereien u. s. w. Wer
sich von solchen Verunreinigungen der Luft überzeugen
will, gehe an der Rindhölschenfabrik in der Polana
vorüber, wo er Phosphordämpfe aus directester Quelle
einathmen kann. Auch in dieser Richtung steht unserem
Magistrate noch ein Feld der Thätigkeit offen.

Mechanische Beimengungen enthält die Luft außer-
dem durch den Straßenstaub, so daß bei längerer
Trockenheit und gleichzeitigem Winde unsere Lungen-
schleimhaut so ziemlich unseren Trottoiren ähnlich
sehen dürfte. Wer da weiß, daß man nach einer
Eisenbahnfahrt, selbst wenn man sich noch so sorg-
fältig gewaschen und gereinigt hat, nach einem, selbst
zwei Tagen noch Kohlenstaub beim Schnauben im
Sacktuche findet, der wird es ermeßen können, wohin
der freie Straßenstaub gelangt, wenn wir die mit ihm
geschwängerte Atmosphäre athmen.

Also gute und solide Pflasterung der Straßen,
passende Auswahl des Pflaster- und Schottermaterials
und fleißiges Bespritzen der Straßen wird für Hebung
der Gesundheit von unberechenbarem Einflusse sein,
wobei wir die Bemerkung nicht unterdrücken können,
daß Macadam sich nur für wenig befahrene Straßen
empfiehlt, während für stark befahrene Straßen sich
solides Steinpflaster besser eignet. Mit der Bespritzung
der Straßen muß auch das Reinlegen derselben Hand
in Hand gehen.

Daß die öffentlichen Anstandsorte so construirt
sein müssen, daß der Boden vor der Durchsickerung
des Wassers geschützt wird, ist selbstverständlich, aber

den ruthenischen Clerus zu kritisieren. Die Bedeckung wird hierauf genehmigt.

Zu den Resolutionen ergreift Abg. Menger das Wort, um in längerer Ausführung nachzuweisen, daß der Bischof Rudigier in Linz keinen begründeten Rechtsanspruch auf den Nuzgenuß und die Verwaltung der Dotationsgüter Garsten und Gleinf habe. Diese Ansicht sei durch Judicate des obersten Gerichtshofes und des Verwaltungsgerichtshofes bekräftigt worden; es liegen die Entscheidungen dieser Gerichtsstellen vor, und es gehe nicht an, heute in einer Resolution eine nochmalige Administrativ-Entscheidung der Regierung zu provocieren. Wenn der Bischof von Linz gegenwärtig nicht standesgemäß leben kann, so mögen seine Anwälte im Parlamente diesfalls einen Vorschlag machen, den man dann in Erwägung ziehen könne; die Resolution aber sei unrealisierbar.

Abg. Lienbacher weist darauf hin, daß gar keine meritorische Entscheidung in dieser Angelegenheit vorliege, da der oberste Gerichtshof sich für incompetent erklärt habe. Die Resolution des Jahres 1869, welche die Regierung aufforderte, dem Bischof von Linz die Güter einfach abzunehmen, war ein Confiscationsdecret, ein Gewaltact. Das Herrenhaus hatte so viel Anstandsgefühl, diese Resolution abzulehnen, trotzdem erschien jener Ministerialerlass, welcher dem Bischofe von Linz die beiden Güter einfach wegnahm. Das war eine Cabinetsjustiz. Redner führt aus, daß der Bischof Rudigier die Güter Garsten und Gleinf auf Grund seiner Ernennung zur Nuznießung erhalten. Das sei ein aufrechter Privatvertrag. Der Bischof habe die Güter bis zum Jahre 1869 ohne Einspruch verwaltet. Da plötzlich sei ihm dieses Recht genommen worden unter dem Vorwande „der Hebung der Erträge des Religionsfondes“. Dieser Act sei eine Gefahr, die unter dem Schlagworte „zur Hebung der Einkünfte des Staates“ alle bestehenden Staatsbürger bedrohe; der in Rede stehende Ministerialerlass müsse aufgehoben werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lustkandl bespricht die Natur des Religionsfonds und weist nach, daß derselbe ein öffentlicher Fond sei, daß Streitigkeiten aus demselben vor das Forum des öffentlichen und nicht des Privatrechtes gehören. Die Nuznießung der Religionsfondsgüter Garsten und Gleinf sei nichts als eine Dotation aus einem öffentlichen Fonde, deren Umwandlung aus einer Real- in eine Gelddotations jederzeit zulässig sei. (Beifall links.)

Abg. Menger bemerkt, daß Abg. Lienbacher nicht als Richter gesprochen, der unparteiisch das Urtheil spreche, sondern, daß er als Staatsanwalt einen einseitigen Standpunkt eingenommen. Falsch sei es, daß Nuznießung und Eigenthumsrecht gleichbedeutend seien. Das Bisthum Linz sei nicht als Eigenthümer grundbücherlich vorgeschrieben. Die Resolution in der vorgeschlagenen Form sei unzulässig, weil es nicht angehe, Entscheidungen des obersten Gerichtshofes umzustößen.

Abg. Lienbacher repliciert auf die Ausführungen der Abgeordneten Dr. Lustkandl und Dr. Menger.

Abg. Dr. Sturm sagt, daß durch die Annahme der Resolution dem Bischofe von Linz eine Wohlthat erwiesen würde, nämlich, daß ihm noch eine Instanz eröffnet würde, die keinem andern Staatsbürger zustünde. Das sei keine Gleichheit vor dem Gesetze.

Nachdem noch der Special-Berichterstatter Dr. Weigel die Annahme der Resolution empfohlen hatte, wurde dieselbe mit 159 gegen 130 Stimmen zum Be-

nicht genügend. In Mailand gehen hiezu bestimmte Männer mit zu diesem Zwecke eigens construirten Handwägelchen herum, welche Wasser enthalten, mittelst welchem die Anstandsorte fleißig bespült und gereinigt werden, und die bezüglich der Verstopfung der Abzugsröhren strenge Aufsicht halten. Allerdings wird man von gewisser Seite sagen, Laibach ist ja nicht Mailand, wir aber sagen, Schädlichkeiten schaden in Laibach so gut wie in Mailand. Eine weitere Quelle der Verunreinigung des Luftkreises, und zwar auch durch directe Vermittlung ansteckender Krankheiten wirkend, ist, Dank der Fürsorge der Gemeinde, endlich abgeschafft worden, nämlich daß die Wäsche der Stadt in den Hausgängen der Häuser auf dem Domplatze abgelagert wurde.

Die Nähe des Friedhofes bei der Stadt ist schließlich ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Ursache zur Verderbnis der Luft, und wie wir später sehen werden, vielleicht auch des Wassers, daher die Weiterverlegung des Friedhofes ebenfalls unter die wichtigen Gesundheitsfragen der Stadt gehört.

Ueberfüllte Wohnungen, Unreinlichkeit derselben, das Ausbeuteln der Staubtücher an den offenen Fenstern nach der Straße zu und so vieles andere noch sind ebenfalls große Uebelstände in Bezug auf die Erhaltung eines reinen Luftkreises, aber noch klein zu nennen gegenüber den oben erörterten, noch ganz unerledigt gebliebenen und, wie wir fürchten, noch lange, lange unerledigt bleibenden großen und brennenden Fragen der öffentlichen Gesundheit unserer Stadt.

(Fortsetzung folgt.)

schlusse erhoben. Die nächsten zwei vom Ausschusse beantragten Resolutionen zum Capitel „Cultus“ wurden hierauf ebenfalls angenommen.

Zur letzten Resolution ergreift Fürst Lobkowitz das Wort. Diese Resolution wünscht Aufklärungen über die Ausführung des Pfründenbesteuerungs-Gesetzes. Redner bespricht zunächst die rechtliche Natur des Religionsfondes. Er kann nicht zugeben, daß Confiscationen überhaupt eine rechtliche Unterlage haben. Wollte man die Eigenschaft einer Rechtsquelle auch bei den Monarchen von Gottes Gnaden gelten lassen, so könne man doch nicht so weit gehen, diese Eigenschaft constitutionellen Körperschaften zu vindicieren, wo oft eine Majorität von zwei Stimmen entscheidend sei. Solche Majoritäten hätten ja oft genug das Recht mit Füßen getreten. (Oho! Rufe links: Zurücknehmen! Zur Ordnung!) Wenn Sie wollen, auch Majoritäten von 20 Stimmen. (Erneute Rufe links: Zurücknehmen!)

Ueber Aufforderung des Präsidenten erklärt Redner, daß er nicht dieses Parlament gemeint und in keinem Falle die Absicht gehabt habe, dasselbe zu beschuldigen, daß es das Recht mit Füßen getreten habe. Redner bespricht hierauf die Feststellung des Maßstabes für die Besteuerung der Pfründen und meint, daß die politische Gesinnung der Betreffenden dabei eine entscheidende Rolle spiele. Durch das Pfründenbesteuerungs-Gesetz liege es in der Hand der Regierung, politisch unbequeme Pfründenbesitzer zu ruinieren. Deshalb sei es an der Zeit, dieses Gesetz zu reformieren, und aus diesem Grunde werde er für die Resolution stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Furz entgegnet auf die Ausführungen des Vorredners, die aus einer irrigen Auffassung des Verhältnisses der Kirche zum Staate entstanden seien.

Bei der Abstimmung wird die letzte Resolution zu Capitel „Cultus“ angenommen. Schluß der Sitzung halb 4 Uhr. Nächste Sitzung morgen.

Deutschland.

Die Kanzlerkrisis macht in Deutschland noch immer von sich reden, trotzdem der Bundesrath schon in seiner nächsten Plenarsitzung die Geschäftsordnungs-Novelle annehmen wird und damit der unmittelbare Anlaß zu dem Demissionsgesuch Bismarcks beseitigt ist. Mit einer gewissen Geflissentlichkeit betont man von neuem, daß dasselbe den Kaiser äußerst peinlich berührt habe. Sehr auffällig bemerkt und besprochen wird diesbezüglich ein Artikel der so lokalen „Magdeburger Zeitung“ über die Kanzlerkrisis, in welchem es heißt, es besetzt sich in weitesten Kreisen immer mehr die Ansicht, daß für alle Theile, für den Reichskanzler, für die, welche mit ihm zusammen arbeiten, und für das Land und die ganze Geschäftswelt, welche unter diesen beständigen Frictionen am meisten leidet, erwünscht wäre, wenn Fürst Bismarck in seinen Aufgaben dadurch erleichtert würde, daß er auf das alleinige Feld seiner Größe und seines Talentes, auf die Leitung der auswärtigen Politik beschränkt würde. Diese beständigen Wechselfälle und Krisen der inneren Politik, welche zu immer neuen Klagen Veranlassung geben, beunruhigen und schädigen das Land in solchem Maße, daß auf Abhilfe gedacht werden muß. Das „Berliner Tagblatt“ findet diese Bemerkung wohl begründet und schreibt: „Wenn selbst die treuesten Vorkämpfer des Fürsten Bismarck, die Nationalliberalen, derartige Wünsche hegen, so läßt das gewiß annehmen, daß diese auch von anderen Parteien, wenn auch unausgesprochen, getheilt werden; dergleichen Wünsche aber sind bemerkenswerte Zeichen der Zeit. Sie deuten an, daß man anfängt, die Entbehrlichkeit des Fürsten Bismarck, wenn auch zunächst nur für einen Theil der Reichsgeschäfte, ins Auge zu fassen, und es will uns bedünken, daß mit dem bloßen Auftauchen eines solchen Gedankens der Stern des Reichskanzlers bereits im Untergange begriffen ist.“

Die Meldung, daß die römische Curie den Beschluß des preussischen Staatsministeriums hinsichtlich des päpstlichen Schreibens an Herrn Welchers beantwortet habe, ist bisher officiell noch nicht widerlegt worden. Von anderer Seite verlautet, die Unterhandlungen über die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatican und Preußen sollen wieder aufgenommen werden. Der Standpunkt des Fürsten Bismarck dabei sei der, daß er gern bereit wäre, die weitestgehenden Concessionen auf diesem Gebiete zu machen; er schrecke durchaus nicht davor zurück, selbst einen päpstlichen Nuntius in Berlin ständig zu haben, weil er der Ansicht sei, daß der beständige Verkehr und die Annäherung der Curie an die Reichsregierung nur dazu beitragen könne, daß die erstere mehr Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des deutschen Reichs nehme, als wenn die Verhandlungen nur durch einen Unterhändler, etwa in Rom oder von einem anderen Ort aus, geführt werden. Man könne also annehmen, daß in erster Linie beabsichtigt werde, eine päpstliche Nuntiat in Berlin herzustellen; sollten sich dem aber unerwarteterweise große Hindernisse in den Weg stellen, so würde auch nichts dem entgegenstehen, daß der päpstliche Nuntius in München zugleich als Nuntius für das deutsche Reich bestellt würde, und daß er dann in jedem besonderen

Falle, wo eine wichtige Frage zur Erörterung käme, sich nach Berlin begeben würde, wie er sich damals nach Rissingen begeben hatte, um mit dem Reichskanzler persönlich zu unterhandeln. Es würde sich von selbst verstehen, daß, wenn diese Frage in dem ange-deuteten Sinne gelöst würde, dann zugleich auch ein deutscher Botschafter wieder in Rom bei der Curie beglaubigt würde.

Zur Situation in Frankreich.

Die vorgestern in Paris zur Sommeression zusammengetretenen Kammern haben in erster Linie das Budget für das Jahr 1881 zu votieren. Die Budgetcommission der Kammer unter ihrem Präsidenten Brisson hat während der abgelaufenen Ferien thätig gearbeitet, und so dürfte es der Kammer ermöglicht werden, die Budgetdiscussion bald zu beginnen. Im Senate dürften sich in der ersten Zeit die Paladine der Jesuiten durch Anfragen, Interpellationen und Einbringung von gegen die Congregations-Gesetze vom 29. März gerichteten Protesten und Petitionen bemerkbar machen. Da indes diese ganze gegen die Wirksamkeit der Gesetze gerichtete Agitation auch die Partei Dufaure gegen sich hat, so dürfte der clericale Ansturm gegen die Regierung nicht nur keine besonderen Resultate zutage fördern, sondern sogar zur Festigung der Position des Cabinets Freycinet beitragen. Die Regierung ihrerseits wird ihren Einfluß aufbieten, um die Budgetdiscussion zu beschleunigen. Am 29. Juni treten nämlich die so genannten Congregationsdecrete in Kraft, und es muß der Regierung sehr viel daran gelegen sein, um diese Zeit nicht durch unnötige Interpellationen der Clericalen, und nicht minder der Radicals, in ihrer Action gegen die Religionsgenossenschaften gelähmt zu werden. Sie wird daher alles aufbieten, daß die Kammern noch vor Ende Juni ihre Sommerferien antreten.

Die Pariser Blätter beschäftigen sich sehr eingehend mit dem Arbeitsprogramme der Kammern. Es sind nebst dem Budget pro 1881 vor allem die Zolltarifgesetze, die Eisenbahnvorlagen, darunter der Entwurf über den Rückkauf der Orleansbahn, das Heeres-Administrationsgesetz und das Gesetz über den unentgeltlichen obligatorischen Laienunterricht, zu votieren. Da die Wahlen für die Generalräthe Anfangs August beginnen, so werden sich die Kammern bereits Mitte Juli vertagen müssen. Die Regierung scheint zu wünschen, daß das Budget von beiden Häusern noch im Verlaufe der Sommeression erledigt werde, um eine außerordentliche Session im Herbst zu vermeiden. Herr de Freycinet hat in diesem Sinne ein Schreiben an den Präsidenten der Budgetcommission, Brisson, gerichtet und ihn ersucht, die Arbeiten möglichst zu beschleunigen. Die Budgetcommission hat bejassen, diesem Wunsche zu entsprechen. Nichtsdestoweniger ist es zweifelhaft, ob es gelingen wird, das Budget noch während der Normalsession fertig zu bringen, was insofern für die Regierung unangenehm wäre, als sie, trotz der Dementis im „Journal des Debats“ und im „Temps“, auf eine anticipierte Kammerauflösung und auf Neuwahlen im Herbst zu speculieren scheint. Hier auf läßt auch eine Auseinandersetzung des „Temps“ schließen, welcher meint, die Frage der Auflösung werde sich von selbst in dem Augenblicke aufwerfen, wo das Parlament über die Wiederherstellung des Listenscrutiniums zu entscheiden haben werde. Den entsprechenden Antrag beabsichtige Barbou im Juli oder für den fast unvermeidlichen Fall einer Herbstsession im October einzubringen.

Der „Gaulois“ will aus guter Quelle wissen, daß mehrere bonapartistische Abgeordnete entschlossen sind, sogleich nach Eröffnung der Kammer einen Antrag, betreffend die Einberufung des Congresses beizubringen, der die Verfassung, einzubringen. Die Revision soll sich auf einen einzigen Punkt beziehen, nämlich auf die Wahl des Präsidenten der Republik, welche von dem allgemeinen Stimmrechte statt von Senat und Kammer vollzogen werden solle.

Der Empfang des Herrn von Radomski am 10. d. M. durch den Präsidenten der französischen Republik hat mehr als formelles Interesse gehabt. Der interimistische deutsche Vertreter versicherte Herrn Grévy des festen Willens des Kaisers Wilhelm, die Beziehungen mit Frankreich zu unterhalten. Bekanntlich ist schon die Regelung der Stellvertretung in einer für Frankreich sehr rücksichtsvollen Weise erfolgt, und alles weist darauf hin, daß Herr v. Radomski mehr als eine bloße diplomatische Phrase anzubringen gehabt hat.

Das neue englische Cabinet in Asien.

Das neue englische Cabinet, dessen Bildung voranschichtlich schon in aller kürzester Zeit zu erwarten steht, wird seine Aufmerksamkeit den asiatischen Verhältnissen nicht weniger zuwenden müssen, als sein Vorgänger, und es wird sich zeigen, ob die Herren Granville, Derby und Gladstone die von ihnen so viel getadelte Politik des Lords Beaconsfield in Asien verfolgen können, ohne englische Interessen zu benachtheiligen. Vor allem erfordert die Lage der Dinge in Afghanistan einen neuen Feldzug im Beginne des

Frühjahrs, zu dem man schon mit allem Eifer Anstalten trifft; denn die Afghanen wollen einmal von den mit England getroffenen Abmachungen nichts wissen, und in der Person Abdurrahman Khans ist ein neuer Präbident für den Thron Schir Alis aufgefunden, welcher mit großem Eifer bemüht ist, die Bergvölker um sich zu sammeln. Man sagt von ihm, daß er nicht ohne geheime Aufforderung und Unterstützung Rußlands von Turkestan her sich in Bewegung gesetzt hat. Sicherlich paßt es den Russen ganz gut, wenn die Briten nicht zur Ruhe kommen und sich ihrer Erfolge nicht erfreuen können, und jetzt schon ganz besonders mit Hinblick auf den Feldzug, welchen General Skobelev gegen die Turkmenen zu beginnen im Begriffe steht. Bekanntlich soll Skobelev, der aus den Kämpfen um Plevna und am Balkan wohlbekannte Führer, die vorjährige Niederlage Tergutassoffs wettmachen und den durch dieselbe nur noch gewachsenen Uebermuth jenes Reitervolkes bändigen. Im Hintergrunde des Feldzugsplanes liegt dann die Besitznahme des wichtigen Merw, des Vorpostens an der afghanischen Grenze. Gelingt es den Russen, sich zu Herren von Merw zu machen, so werden sie die unmittelbaren Nachbarn der Afghanen oder derjenigen, welche das Land der Afghanen im Besitze haben, und jener seit langem vorhergesehene Augenblick einer unmittelbaren Begegnung der Russen und Briten auf dem Boden Asiens tritt ein. Dies natürlich unter der Voraussetzung, daß die Briten mehr bleibenden Erfolg bei ihrem Zuge in die afghanischen Berge erzielen, als im vergangenen Jahre. Jedenfalls würden die Russen in Merw einen Punkt gewinnen, von dem aus sie es leicht haben, den Afghanen vielfachen Vorschub zu leisten und den Engländern ihre Existenz recht lauer zu machen.

Das Whigcabinet ist über diese Erbschaft, welche dasselbe aus Beaconsfields Nachlaß antreten muß, sicherlich wenig erfreut, aber es kann nichts anderes thun, als auf dem einmal betretenen Wege ausharren; denn jetzt würde jedes Weichen den Engländern in Asien als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden, und wenn auch Gladstone wiederholt die Meinung vertrat, daß man mit den Russen sich auf guten Fuß setzen und das Auskommen mit ihnen anstreben muß, so dürfte es doch auch ihm nicht gelingen, in den afghanischen Dingen den richtigen modus vivendi zu finden. Das Terrain daselbst aber schlechthin den Russen zu räumen und der Sache ruhig ihren Lauf zu lassen — zu einer solchen aufopferungsvollen Politik besitzen auch Gladstone und seine Freunde nicht den Muth. Sie kennen nur zu gut ihre Landsleute, um nicht zu wissen, daß sie in einem Punkte, welcher in so einseitiger Weise die Frage der indischen Herrschaft berührt, sehr empfindlich sind und weit weniger um liberale oder conservative Theorien, als um die Fortdauer der Opportunität sich kümmern. Zunächst hängt natürlich viel von dem Erfolge der Waffen ab, ihn begleiten keine frommen Wünsche auf seinem ohnehin schon gefährlichen Zuge, und die Turkmenen kämpfen gegen seine Soldaten als Verbündete Englands, wenn auch kein Tractat hierüber besteht.

Aber nicht nur in Central-Asien wird es demnächst lebhaft werden und das Spiel der Waffen Einfluß auf manche europäische Beziehung üben, sondern auch im Osten desselben Welttheiles droht ein heftiger Conflict — zwischen Rußland und China. Lange obdunkelnde Grenzfragen und Differenzen aus commerciellen Gründen haben sich in jüngster Zeit nicht wenig zuspitzen, und wenn es nicht in letzter Stunde noch zu einer Vereinbarung kommt, so scheint Rußland zur gewaltsamen Austragung der Sache entschlossen. Freilich ist ein Kriegszug gegen die Chinesen von der ostibirischen Grenze nicht so leicht. Will man starke Kräfte zur Action bringen, so erfordert dies Unsummen von Geld, die Rußland nicht in der Lage ist, für einen Krieg gegen China dormalen aufzuwenden, und vermag man es mit einer beschränkten Macht, so setzt es sich der Möglichkeit eines Mißerfolges aus, da es sich hier um das Vorrücken in eine nicht wenig bevölkerte Gegend des himmlischen Reiches handelt. Es hat darum alle Wahrscheinlichkeit für sich, wenn Seewege gegen China vorzugehen gedenken und eine starke Flotte unter dem Befehle des Admirals Butakov in den Gewässern des Stillen Oceans zu versammeln sich anschicken. Kommt es aber wirklich zu Feindschaften zwischen den beiden Reichen, so kann dies nicht ohne Einfluß auf die Verhältnisse in Ostasien überhaupt bleiben, umsomehr, als auch die Beziehungen zwischen Japan und China sehr gespannte sind, andererseits aber gerade den Engländern nicht wenig daran liegt, daß die Russen nicht ein gewisses Uebergewicht in China erreichen und dort einen neuen Anknüpfungspunkt gegen englische Interessen gewinnen. Auch ist es immerhin etwas Bedenkliches, wenn eine starke russische Flotte in den chinesischen Gewässern sich einstellt und der Versuch angestrebt wird, zwischen Rußland und Japan eine Art von Allianz zu errichten. Man sieht demnach, das neue Cabinet von St. James steht mancher ernststen Sorge gegenüber, und es wird demselben gerade in Asien nicht leicht werden, sich an

die Lineamente seines vor und während der Wahlen verkündeten Programmes zu halten. Ueberall begegnet es gerade dem Rußland, welchem Gladstone bisher eine so akademische Freundschaft entgegengetragen hat.

Tagesneuigkeiten.

— (Ein verschwundener Advocat.) In unserem gestrigen Blatte berichteten wir bereits telegraphisch, daß der Advocat Dr. Samuely in Brünn mit Hinterlassung einer riesigen Schuldenlast spurlos verschwunden sei. Der Fall erregt auch in Wien große Sensation, da der Wiener Platz bei dem Falliment der Firma, an welcher Dr. Samuely theilhaftig war, mit nicht unbedeutenden Summen interessiert ist. Samuely fungierte seit dem Jahre 1874 als Advocat in Brünn und wußte sich bald eine große Clientel zu verschaffen. Vor einigen Jahren heiratete er die Tochter eines reichen Realitätenbesizers in Wien und erhielt 100,000 fl. als Mitgift. Samuely betrieb neben seiner Advocaturskanzlei auch sehr eifrig das Börsenspiel und soll enorme Verluste erlitten haben. Vor vierzehn Tagen verließ er Brünn und soll, so erzählt man, sich nach Amerika begeben haben. Samuely war früher Verwaltungsrath der Zucker-, Eisenblechwaren- und Maschinenfabriks-Gesellschaft, die im Jahre 1876 liquidirte.

— (Ein Jubiläum - Irrthum.) Man schreibt der „W. Allg. Ztg.“ aus Salzburg, 18. April: Verschiedene Journale brachten die Nachricht, daß im heurigen Sommer aus Anlaß der vor zwölfhundert Jahren stattgefundenen Gründung Bad Gasteins von der dortigen Curcommission eine Gedächtnisfeier veranstaltet werde. Dieser Mittheilung waren gleichzeitig einige historische Daten beigegeben. Nun scheint es aber, daß die Curcommission von Bad Gastein mit ihrer Verlautbarung etwas unüberlegt vorgegangen ist, denn in der gestrigen „Salzburger Zeitung“ tritt Dr. Zillner, eine Autorität in Fragen salzburgischer Geschichte, „der zwölfhundertjährigen Gedächtnisfeier Bad Gasteins mit der Erklärung entgegen, daß der zwölfhundertjährige Bestand und Betrieb des Bades zu Gastein unerwiesen und gar nicht nachweisbar“ sei und „daß mit vermessener Griffe um sieben Jahrhunderte zu viel in das diesfällige Festprogramm aufgenommen“ wurden. An der Hand authentischer Daten weist Dr. Zillner nach, daß erst im Jahre 1350 Andeutungen vorkommen, welche auf das Vorhandensein des Bades Gastein schließen lassen. Man ist hier allgemein gespannt, was die Curcommission von Bad Gastein den Ausführungen Dr. Zillners erwidern wird, ja was sie überhaupt auf dieselben erwidern kann. Es wäre jedenfalls für die Curcommission einigermaßen unangenehm, wenn die Firma der Gedächtnisfeier plötzlich geändert und aus einer „zwölfhundertjährigen“ eine „fünfhundertjährige“ gemacht werden müßte.

— (Touristisches.) Wie man der „N. fr. Pr.“ meldet, hat die Section Willach des deutschen und österreichischen Alpenvereins den Bau einer Unterkunftshütte am südlichen Abhange des Wischberges (2700 Meter), ungefähr in der halben Höhe desselben, beschlossen. Dieselbe wird Ende Juni dieses Jahres fertig werden und sowohl für jene, die von Raibl, als auch für jene, die vom Kanalthale und von der italienischen Seite die Höhe ersteigen wollen, von Vortheil sein, da in der Nähe dieser Hütte die Bergwege zusammenstoßen. Am bequemsten wird sich der Aufstieg auf den Wischberg von Raibl aus gestalten; von da führt ein unbeschwerlicher Weg den prächtigen See entlang gegen das Racolana-Thal und auf die Fischbachalpe, welche, ihrer romantischen Partien und herrlichen Aussicht wegen berühmt, binnen drei Stunden erreicht werden kann. Nach einer kleinen Stunde gelangt man in die Karnika, unter den schief abhängenden Felsmassen der Troif, wo die Hütte an lawinensicherer Stelle sich erheben wird, und von hier aus kann die Spitze auf stellenweise in den Felsen gehauenen Stufen in zwei Stunden erstiegen werden.

— (Aus dem Fürstenthum Liechtenstein.) Im verflossenen Monate wurde im Fürstenthume Liechtenstein die Volkszählung vorgenommen. Die Einwohnerzahl beläuft sich demnach auf 9124 Personen, welche in dem vier Quadratmeilen großen Ländchen friedlich hausen.

Locales.

— (Personalveränderungen im Laibacher Diöcesanclerus.) Der fürstbischöfliche Hauscaplan Herr Dr. Josef Marinko wurde als Pfarrer-cooperator nach Zirklach decretiert. — Herr Anton Borman, Pfarrer in Kolovrat, wurde für die Pfarre Neul präsentiert. — Der Pfarrer-cooperator in Altenmarkt bei Saas, Herr Georg König, wurde zum 1. L. Bandwehrcaplan zweiter Klasse ernannt. — Die kanonische Inveftitur erhielten die Herren Michael Tavcar auf die Pfarre Seisenberg, Johann Budnar auf die Pfarre Watsch und Gregor Maloverh auf die Pfarre Stranje. — Dem Herrn Carl Miklavcic wurde die Aufnahme in den Diöcesanclerus und das hiesige Clericalseminar gewährt. — Der Militärcurat erster Klasse des Garnisons-Hospitals in Agram, Herr Johann Tomke, wurde in den Militär-Seelsorgebezirk Triest mit der Bestimmung zur provisorischen Führung des dortigen Militär-Bezirkspfarr-

amtes überseht. — Gestorben sind die Herren Bartholomäus Dolzan, Pfarrer von Radowitz bei Mödling, und Anton Rihar, gewesener Cooperator in Planina.

— (Wagner - Abend.) Die gestrige Generalprobe der „Walküre“ versammelte ein zahlreicheres Publicum, als dies gewöhnlich bei unseren gezahlten Concerten der Fall ist. Indem wir uns eine nähere Besprechung der Leistungen der Mitwirkenden für die eigentliche Aufführung vorbehalten, wollen wir für heute nur constatieren, daß der Erfolg die Erwartungen übertraf und das zahlreiche Auditorium die Mitwirkenden zum Schluß mit lebhaftem Beifalle auszeichnete.

— (Waldbrand beim Schweizerhause.) Vorgestern gegen 6 Uhr abends entstand auf dem Plateau ober dem Schweizerhause ein entweder durch Unvorsichtigkeit hervorgerufen oder durch böswillige Hand gelegter Waldbrand. Derselbe nahm, begünstigt durch den auf dem Plateau herrschenden Wind und das aufgehäufte dürre Laub, infürze ziemlich bedeutende Dimensionen an, und nur der wirklich aufopfernden Mitwirkung mehrerer eben passirender Herren und Damen im Vereine mit hinzugekommenen Knaben gelang, es den Brand, der unter anderen Umständen selbst für das Schweizerhaus und Tivolischloß sehr gefährlich hätte werden können, zu löschen.

— (Frühlingstage.) So rau und bitterkalt sich der verflossene Winter gestaltete, ebenso warm und milde läßt sich das heurige Frühjahr an. Obwohl wir uns dem Kalender zufolge erst in der zweiten Aprilhälfte befinden, erfreuen wir uns in Laibach doch schon seit einigen Tagen einer Temperatur, die man nach dem vorangegangenen Winter kaum vor Mitte Juni für möglich gehalten hätte. Zeigte das Thermometer gestern Nachmittag doch schon nahezu 22° C., somit eine Höhe, die selbst der bekanntlich gleichfalls sehr warme, dem milden Winter 1877/78 gefolgte April nicht erreichte und welche die Temperatur der correspondierenden vorjährigen Apriltage sogar um 10—11° C. übertrug. Daß somit nicht nur das Winterkleid vollends verdrängt, sondern geradezu schon die volle Sommertoilette mit Strohhut und Sonnenschirm an dessen Stelle getreten ist, erscheint unter diesen Umständen wohl begreiflich. Wenn die Natur in Laibach und dessen nächster Umgebung trotzdem noch nicht in dem dieser Temperatur entsprechenden Maße erwacht ist und namentlich das Aussehen der erst schwach knospenden Bäume nur wenig an den bevorstehenden Mai erinnert, so liegt die Erklärung hiefür wohl nur in dem bereits sehr empfindlichen Mangel an Regen. Stellt sich letzterer einmal in der gewünschten ausgiebigen Weise ein, so ist nicht daran zu zweifeln, daß wir uns auch in dieser Hinsicht mit einem Schläge mitten im schönsten grünen Sommer befinden dürften.

— (Slovenija.) Die vorgestern im Saale der Laibacher Citalnica stattgefundene Generalversammlung der Actionäre der Bank „Slovenija“, bei welcher 234 Stimmen vertreten waren, hat die vom Liquidations-ausschuß beantragte dritte Racheinzahlung von je 24 fl. per Actie einstimmig genehmigt. Die Nachzahlung soll womöglich in zwei Raten ausgeschrieben werden. In den neuen Liquidationsauschuß wurden die Herren Jerič, Klun, Pakič, Potočnik, Robič und Zagar gewählt.

— (Verzichtleistung.) Der Pächter der Laibacher städtischen Gefälle, Herr Leopold Schwarz aus Agram, hat auf die anlässlich der Kinderpest ihm in der letzten Gemeinderathssitzung zugesprochene Entschädigung per 250 fl. freiwillig verzichtet und diesen Betrag der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellt.

— (Spinnfabrik.) Die diesjährige Generalversammlung der Actionäre der Laibacher Baumwollspinnerei und Weberei findet Samstag, den 24. d. M., in Triest statt.

— (Zinsfuß-herabsetzung.) Die Sparkassen in Klagenfurt und Villach haben beschlossen, die bei ihnen gemachten Spareinlagen vom 1. Juli, beziehungsweise vom 1. August d. J. an, statt wie bisher mit 5, nur mehr mit 4 Procent zu verzinsen. Gleichzeitig tritt bei diesen Instituten hinsichtlich der Hypothekendarlehen eine Zinsfußermäßigung von 6 auf 5 Procent in Wirksamkeit.

— (Unanbringliche Briefpostsendungen.) Seit 1. v. M. erliegen beim k. k. Hauptpostamte in Laibach nachstehende unbestellbare Briefpostsendungen, und zwar: Correspondenzkarten an: Teran Nikolaus in Kallenberg, Petrič Johann in Rudolfswert, Sonn Franz in Steinbrück, Sirk Jda in Wien, Kvas Anton in Stein, Mikolasek Ferdinand in Wiesenburg; — Briefe an: Bradesta Mathias in Zelitar, J. v. S. in Fiume, Gruben Anton in Ungarisch-Bosch, Supanz Johann in Marburg (2 Stück), Ramor Maria in Widem, Eiber Dr. k. k. in Pest (2 Stück), M. M. 10 in Graz, Roman Franz in Graz, Kol Johann in Nabreg, Sabel Jakob in Magarnik, Stefančič Maria in Triest, Schreyer Rudolf in Genua, Zbonscheg Martin in Marburg, Deitemayer ... in Graz, Candido Balson in Ovebasse, Degenfeld Sidonie in Szokoloy, Zaloudek Wenzel in Karlsbad, Sternadt Johann in Villach, Dolezal J. in Laibach, Zupančič Antoinette in Laibach, Zabuovic Margarethe in Fiume, Turk Antonie in Marburg, Schifferer Johann in Graz, A. P. in Graz, Einsame Witwe in Laibach, Juno O-S in Laibach, Minerva L. in Laibach, Čizmek Andreas in Begie, Dervovšek Johann in Stobial,

